



KMW-Chef Frank Haun bei Präsentation eines neuen „Leopard“-Modells

MICHAELA REHLE / REUTERS

Fusionen

Waffen-Brüder

Die Regierungen in Berlin und Paris planen eine gemeinsame Strategie für die Rüstungsindustrie.

Deutschland und Frankreich wollen in Rüstungsfragen enger zusammenarbeiten. In einer gemeinsamen Erklärung, die die Kabinette in Berlin und Paris demnächst verabschieden wollen, verpflichten sich die beiden Regierungen zur engen „Kooperation bei der Beschaffung von Rüstungsgütern“ sowie zur gemeinsamen „Entwicklung von Schlüsseltechnologien“. Regierungsvertreter sollen sich regelmäßig treffen, um über die „Konsolidierung“ der europäischen Waffenindustrie sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen und Produktionsstätten zu spre-

chen. Anlass ist die Fusion des Panzerherstellers Krauss-Maffei Wegmann (KMW) mit dem französischen Nexter-Konzern, die bis Weihnachten abgeschlossen sein soll. KMW dürfte auch darauf setzen, mithilfe seiner neuen Partner den Widerstand von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gegen umstrittene Panzerexporte etwa in die Golfstaaten aushebeln zu können. In Berliner Regierungskreisen dagegen heißt es, die Fusion werde die Genehmigung von Rüstungsexporten auf absehbare Zeit nicht beeinflussen. gt, msa

Einlagensicherung Schäuble droht

Die Bundesregierung verschärft ihren Widerstand gegen Pläne der EU-Kommission, ab 2017 eine europaweite Einlagensicherung für Sparguthaben einzuführen. In informellen Gesprächen mit Brüssel drohten Vertreter des Bundesfinanzministeriums (BMF) damit, eine Sperrminiorität gegen das Vorhaben zu organisieren. Das sei pro-

blemlos machbar, gaben die Unterhändler von Finanzminister Wolfgang Schäuble zu verstehen. Um eine qualifizierte Mehrheit für die Kommissionspläne zu verhindern, müsste Deutschland ein weiteres großes Land und vier kleine Länder auf seine Seite ziehen. Italien und Frankreich haben schon zu erkennen gegeben, dass sie keinen Sinn darin sehen, eine Lösung gegen den Willen Deutschlands durchzusetzen. Auch

die Niederlande, Österreich und Finnland sehen die Pläne aus Brüssel skeptisch. Schäubles Leute berufen sich zudem auf eine ungeschriebene Regel: In der Finanzmarktregulierung galt bislang die Gepflogenheit, ein großes Land nicht zu überstimmen. „Die EU-Kommission tut gut daran, es sich nicht mit uns zu verscherzen, sonst verliert sie ihren wichtigsten Unterstützer bei anderen Vorhaben“, heißt es im BMF.

Gegen die Überlegungen von EU-Kommissar Jonathan Hill bringen die Deutschen vor allem zwei Kritikpunkte vor: Zum einen kämen sie überstürzt, weil viele bereits beschlossene Maßnahmen zur Bankenunion noch nicht von allen Ländern umgesetzt seien. Zum anderen presche die EU-Kommission bei der Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken vor, unternehme aber wenig bis nichts, um diese einzudämmen. rei